

Zeitschrift: Vierteljahresberichte / Statistisches Amt der Stadt Bern
Herausgeber: Statistisches Amt der Stadt Bern
Band: 6 (1932)
Heft: 1

Artikel: Die Berner Gemeindewahlen vom 5./6. Dezember 1931
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-850230>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE BERNER GEMEINDEWAHLEN VOM 5./6. DEZEMBER 1931

VORBEMERKUNGEN.

1. STIMMBETEILIGUNG.
2. DIE STADTRATSWAHLEN.
 - a) WAHLERGEBNISSE.
 - b) DIE MITGLIEDER DES STADTRATES.
3. DIE GEMEINDERATSWAHLEN.

VORBEMERKUNGEN.

Die Gemeinderats- und Stadtratswahlen vom 5./6. Dezember 1931 beanspruchen schon aus dem Grunde eine besondere Aufmerksamkeit, weil erstmals nach 20 Jahren unveränderten Wahlverfahrens eine Neuordnung eingetreten ist. Seit 1911 bestand das alte Wahlverfahren, wonach die Hälfte der Stadträte, bei vierjähriger Amtsdauer, alle zwei Jahre ersetzt wurde. Nach der Neuregelung wird nun der Stadtrat bloß noch alle vier Jahre gewählt, wobei dann jeweils eine Gesamterneuerung eintritt. Die Grundlage der neuen Regelung bildete ein Initiativvorschlag für die Vereinfachung des Wahlverfahrens für den Stadtrat, der in der Gemeindeabstimmung vom 27./28. Juni 1931 mit 6685 Ja gegen 5123 Nein angenommen wurde. Er sieht insbesondere Abänderungen und Ergänzungen einiger Artikel der Gemeindeordnung vom 17. Mai 1920 vor, deren wichtigste hier genannt seien. Art. 27 der Gemeindeordnung lautet jetzt:

„Die Amtsdauer des Stadtrates beträgt vier Jahre. Die Gesamterneuerung findet gleichzeitig mit den Wahlen für die Mitglieder des Gemeinderates statt. Die Austretenden sind wieder wählbar.“

Neben dieser Hauptbestimmung ist noch folgende erwähnenswert:

„Art. 35 bis. Enthält ein Wahlzettel weniger gültige Namen, als Wahlen zu treffen sind, so gelten die nicht ausgefüllten Linien als Zusatzstimmen für diejenige Liste, deren Bezeichnung der Wahlzettel trägt. Ebenso gelten als Zusatzstimmen die Stimmen, die auf Namen fallen, welche auf keiner Liste stehen, wenn der Wahlzettel eine Listenbezeichnung trägt.

Fehlt eine solche Bezeichnung oder trägt der Wahlzettel mehrere solche Bezeichnungen, so zählen die fehlenden Stimmen nicht.

Wahlzettel, die eine Listenbezeichnung, aber keinen gültigen Kandidatennamen enthalten, fallen nicht in Betracht.“

Nach der Einführung dieser „Zusatzstimmen“ bei den Stadtratswahlen entspricht nunmehr das Wahlverfahren jenem für den Großen Rat und den Nationalrat.

Die vorliegende Wahlstatistik beschränkt sich auf die Darstellung der letzten Stadtrats- und Gemeinderatswahlen. Auf Einzelheiten des zeitlichen Vergleichs wird in dieser gedrängten Übersicht nicht eingegangen. An frühern wahlstatistischen Arbeiten des Statistischen Amtes seien erwähnt:

1. Die Stadtratswahlen in Bern, 1895—1921. (Halbjahresberichte 1922, 2. Heft.)
2. Abstimmungen und Wahlen in der Stadt Bern im Jahre 1923. (Halbjahresberichte 1923, 2. Heft.)
3. Die Gemeindewahlen in der Stadt Bern vom 11. Dezember 1927. (Vierteljahresberichte 1927, 4. Heft.)
4. Die Berner Stadtratswahlen vom 14./15. Dezember 1929. (Vierteljahresberichte 1930, 1. Heft.)

1. STIMMBETEILIGUNG.

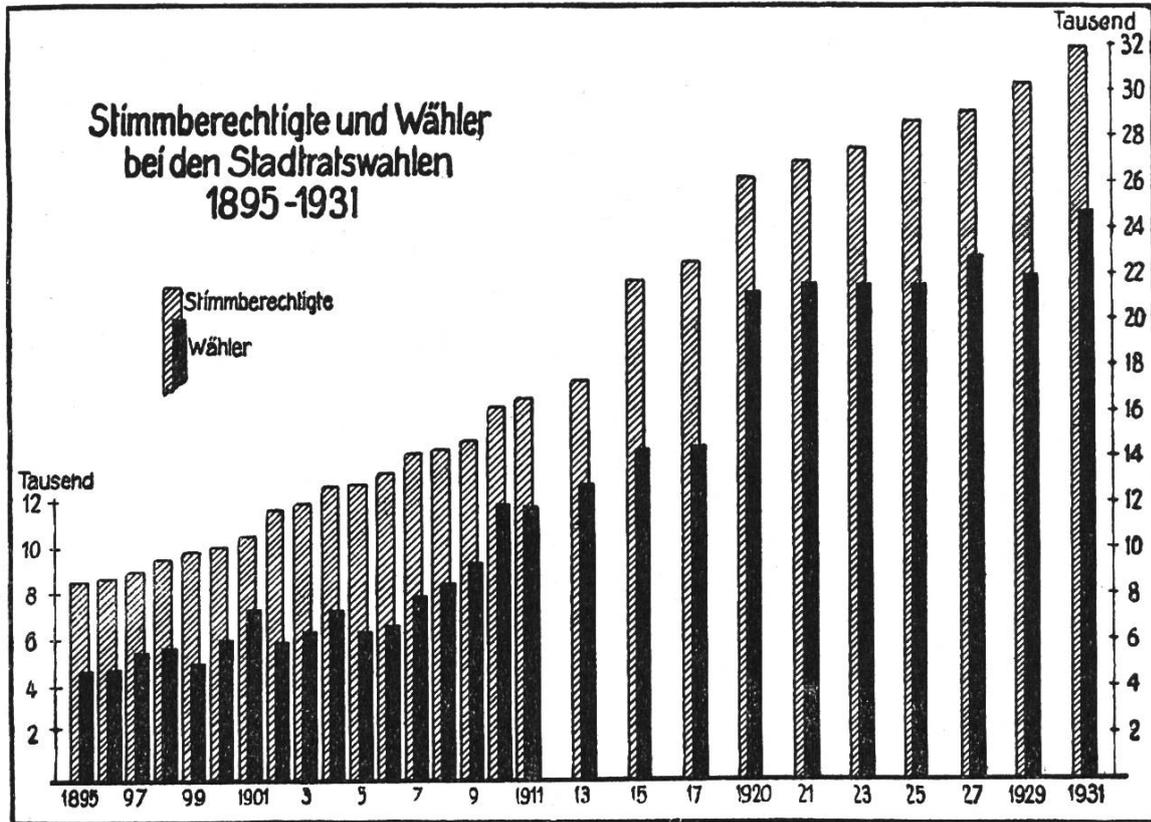
In den letzten dreißig Jahren ist die Zahl der Wahlberechtigten ohne Unterbruch angestiegen, und zwar nicht nur absolut von 10 045 im Jahre 1900 auf 31 843 bei der Wahl vom Dezember 1931, sondern auch im Verhältnis zur gesamten Wohnbevölkerung. Im Jahre 1900 kamen auf 100 Einwohner 15,6 Wahlberechtigte, 1931 dagegen 28,3. Zum Teil wird diese Verschiebung ihren Grund haben im Geburtenrückgang, der zu einer Abnahme des Anteils der jüngsten Jahrgänge in der Bevölkerung geführt hat.

Wie sich Wohnbevölkerung, Zahl der Wahlberechtigten und Wählerzahl seit 1900 veränderten, zeigen nachstehende Zahlenreihen:

Wahljahr	Wohn- bevölkerung	Wahlberechtigte		Wähler	
		absolut	auf 100 Einwohner	absolut	auf 100 Berechtigte
1900	64 200	10 045	15,6	6 009	59,8
1910	85 600	16 162	18,9	11 862	73,4
1920	104 600	26 206	25,0	21 211	80,9
1921	103 400	26 863	25,9	21 619	80,5
1923	103 600	27 455	26,5	21 450	78,1
1925	106 000	28 659	27,0	21 486	75,0
1927	107 900	29 122	27,0	22 742	78,1
1929	109 800	30 253	27,6	21 891	72,4
1931	112 400	31 843	28,3	24 749	77,7

Im allgemeinen verzichtet rund ein Viertel der Wahlberechtigten — freiwillig oder unfreiwillig — auf die Beteiligung an der Wahlhandlung. Den Gründen dieses Verzichts nachzugehen wäre zweifellos interessant, würde aber in Bern, das kein Obligatorium der Stimmabgabe kennt, mit recht erheblichen Kosten verbunden sein. Immerhin sei darauf hingewiesen, daß unter den Nichtwählern stets eine ganze Anzahl von Wahlunfähigen sich befinden, wie Kranke, Gebrechliche, vorübergehend Ortsabwesende usw. Die Spitäler Berns beherbergten z. B. nach der Spitalstatistik um die Wahlzeit herum allein zirka 700 Kranke aus der Wohnbevölkerung, worunter sich schätzungsweise 200 stimmfähige Männer befunden haben dürften.

Gegenüber der letzten Stadtratswahl im Jahre 1929 ist eine Zunahme der Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Das will an sich nicht viel besagen, da stets das Zusammenfallen der Stadtratswahlen mit umstrittenen Gemeinderatswahlen vermehrtes Leben in das Wahlgeschäft brachte.



Gegenüber 1927, in welchem Jahre auch Stadtrat und Gemeinderat gleichzeitig neugewählt wurden, hat dagegen die Stimmbeteiligung um weniges — von 78,1 auf 74,7 %— abgenommen.

2. DIE STADTRATSWAHLEN.

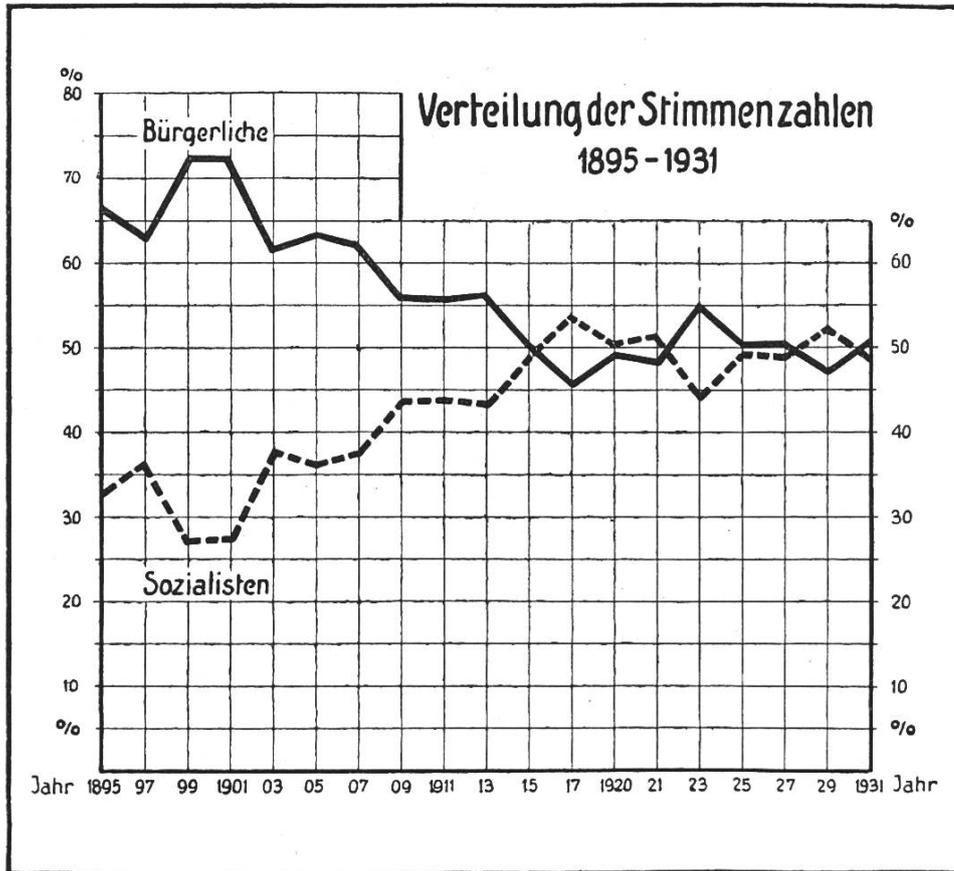
a) Die Wahlergebnisse.

Die Berner Stadtratswahlen erfolgen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Maßgebend für die Zuteilung der 80 freiwerdenden Sitze ist die Gesamtzahl der auf eine Partei entfallenden Stimmen. Die Parteistimmenzahlen der drei letzten Stadtratswahlen sind in folgender Tabelle zusammengefaßt:

Partei	Absolute Zahlen			Verhältniszahlen		
	1927	1929	1931	1927	1929	1931
Bürgerpartei ..	191 340	163 528	423 389	21,5	19,0	22,0
Ev. Volkspartei	20 231	25 120	43 102	2,3	2,9	2,2
Freisinnige ...	239 371	220 064	514 178	26,9	25,6	26,8
Sozialdemokrat.	439 229	452 554	932 696	49,3	52,5	48,6
Kommunisten .	—	—	7 976	—	—	0,4
Zusammen	890 171	861 266	1 921 341	100,0	100,0	100,0

Die eingangs erwähnte Änderung des Wahlverfahrens bringt es mit sich, daß die absoluten Parteistimmenzahlen von 1931 nicht ohne weiteres mit denen der frühern Jahre vergleichbar sind. Im letztjährigen Wahlgang konnte jeder Wähler 80 verschiedenen Kandidaten die Stimmen geben, entsprechend der Zahl der freigewordenen Sitze, früher dagegen nur 40. Um die Zahlen vergleichbar zu machen, seien daher die Parteistimmenzahlen für 1931 halbiert, was zu folgenden Zahlen führt: Bürgerpartei 211 694, Evangelische Volkspartei 21 551, Freisinnige 257 089, Sozialdemokraten 466 348, Kommunisten 3988. Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß alle drei größern Parteien gegenüber den beiden vorhergehenden Wahlen einen Stimmenzuwachs verzeichnen. Die Gesamtstimmenzahl stieg gegenüber 1929 von 861 266 auf 960 670 (umgerechnete Zahl), d. h. um 99 404. Am stärksten sind an dieser Zunahme beteiligt die Bürgerpartei mit 48 166, die Freisinnigen mit 37 025 und die Sozialdemokraten mit 13 794 Stimmen. Gemessen an der Parteistimmenzahl von 1929 macht der Zuwachs bei der Bürgerpartei 29,5, bei den Freisinnigen 16,8 und bei den Sozialdemokraten 3,0 % aus. Als Endergebnis dieser Verschiebungen zeigt sich ein Steigen des Anteils

an der Gesamtstimmenzahl bei der Bürgerpartei von 21,5 % im Jahre 1927, bzw. 19,0 % im Wahljahr 1929 auf 22,0 % bei der letzten Wahl. Der Anteil der Parteistimmenzahl der Sozialisten ging von 49,3 (1927) und 52,5 (1929) zurück auf 48,6.



Unterscheidet man einzig zwischen Bürgerlichen und Sozialisten (einschließlich Kommunisten), so zeigt die Verteilung der Parteistimmenzahl seit 1895 folgendes Bild:

Wahljahr	Von 100 Stimmen entfielen auf		Wahljahr	Von 100 Stimmen entfielen auf		Wahljahr	Von 100 Stimmen entfielen auf	
	Sozialisten	Bürgerliche		Sozialisten	Bürgerliche		Sozialisten	Bürgerliche
1895:	33,2	66,8	1904:	37,4	62,6	1915:	49,3	50,7
1896:	30,1	69,9	1905:	36,4	63,6	1917:	54,1	45,9
1897:	36,7	63,3	1906:	44,8	55,2	1920:	50,7	49,3
1898:	33,3	66,7	1907:	37,7	62,3	1921:	51,5	48,5
1899:	27,4	72,6	1908:	41,4	58,6	1923:	44,7	55,3
1900:	29,6	70,4	1909:	43,8	56,2	1925:	49,4	50,6
1901:	27,5	72,5	1910:	42,0	58,0	1927:	49,3	50,7
1902:	35,9	64,1	1911:	44,1	55,9	1929:	52,5	47,5
1903:	38,0	62,0	1913:	43,6	56,4	1931:	49,0	51,0

Das Erstarren der sozialistischen Bewegung seit der Jahrhundertwende und das launenhafte Wahlg Glück der beiden politischen Hauptrichtungen in den letzten 15 Jahren spiegelt sich in diesen Zahlenreihen in treffender Weise.

Um den Aufmarsch der Wählermassen anlässlich der drei letzten Stadtratswahlen etwas eingehender betrachten zu können, seien die Parteistimmenzahlen in üblicher Weise auf „Vollwähler“ umgerechnet. Was ist hierunter zu verstehen? Von den 31 843 Wahlberechtigten haben anlässlich der letzten Stadtratswahlen 24 749 ihre Ausweiskarte an der Urne abgegeben. Für die Stadtratswahlen sind jedoch nur 24 468 abgestempelte Wahlzettel eingeworfen worden. Da jeder Wähler 80 Namen auf seinen Wahlzettel schreiben konnte, so hätten die 24 468 Wähler bei voller Ausnutzung ihrer Stimmkraft $24\,468 \times 80 = 1\,957\,240$ Kandidatenstimmen aufbringen können. Die Gesamtzahl der Parteistimmenzahlen betrug jedoch nach den am Anfang dieses Abschnittes angeführten Zahlen bloß 1 921 341. Somit sind durch Leerlassen von Zeilen und durch Streichen von Namen auf Listen ohne Parteibezeichnung insgesamt 36 099 Stimmen verloren gegangen. Anders gesagt: um die 1 921 341 Stimmen zu erzielen, hätten nur 24 017 Wähler an die Urne gehen zu brauchen, vorausgesetzt, daß jeder von ihnen seine Stimmkraft voll ausgenutzt hätte. Unkenntnis des Wahlsystems, Gleichgültigkeit usw. haben demnach zu einem Verlust an Stimmen geführt, der der voll ausgenutzten Wahlkraft von 451 Wählern entspricht. Die aus dem Total der Parteistimmenzahlen nach Division durch 80 erhaltene Zahl von 24 017 ergibt die Zahl der „Vollwähler“: so viele Wähler hätten bei voller Ausnutzung ihrer Stimmkraft eine Gesamtstimmenzahl von 1 921 341 erreicht.

Für die letzten drei Jahre ergeben sich folgende „Vollwähler“-zahlen:

Partei	1927	„Vollwähler“ 1929	1931
Bürgerpartei	4 783	4 088	5 292
Evangelische Volkspartei ..	506	628	539
Freis.-demokrat. Partei	5 984	5 502	6 427
Sozialdemokratische Partei .	10 981	11 314	11 659
Kommunistische Partei	—	—	100
Zusammen	22 254	21 532	24 017

Diese Zahlen sind recht aufschlußreich, da sie zeigen, daß in Bern schon ein Mehrgewinn von einigen hundert Wählern entscheidende Rückwirkungen auf das Ergebnis der Stadtratswahlen zeitigen kann.

Wie üblich, sei auch diesmal den unverändert eingelegten Listen einige Aufmerksamkeit gewidmet. Für eine solche Betrachtung liegt dazu noch der besondere Anlaß vor, daß man sich dabei ein wenigstens annähernd richtiges Bild darüber verschaffen kann, welchen politischen Parteien die Einführung der Zusatzstimmen besondere Vorteile gebracht haben.

Die Zahl der unverändert eingelegten Parteilisten und ihr Verhältnis zur Zahl der „Vollwähler“ veranschaulicht folgende Übersicht:

	Unveränderte Parteilisten					
	absolute Zahlen			auf 100 „Vollwähler“		
	1927	1929	1931	1927	1929	1931
Bürgerpartei	3 495	2 551	3 346	73,1	62,4	63,2
Evang. Volkspartei .	429	468	155	84,8	74,5	28,8
Freisinnige	4 768	3 655	4 763	79,7	66,4	74,1
Sozialdemokraten ..	9 083	8 994	9 170	82,7	79,5	78,6
Kommunisten	—	—	76	—	—	76,0
Zusammen	17 775	15 668	17 510	79,9	72,8	72,9

Die Zahl der unveränderten Parteilisten auf 100 „Vollwähler“ nahm von 1927 auf 1929 bei allen Parteien ab. Das berechtigt zum Schluß, die Wahldisziplin habe von 1927 auf 1929 erheblich nachgelassen. Die Wähler haben dem Vorschlag ihrer Partei oft nur mit gewissen Vorbehalten (Streichungen, leere Zeilen) zugestimmt. Dadurch gingen den Parteien mit lockerer Wahldisziplin zweifellos Stimmen verloren. Bei der letzten Wahl kamen diese Verluste jedoch infolge des neuen Wahlverfahrens (Zusatzstimmen!) nicht mehr im früheren Umfang vor. Trug ein eingelegter Wahlzettel eine Parteibezeichnung, so zählten die leeren Zeilen sowie die gestrichenen Kandidaten doch als Stimmen für die betreffende Partei. Das neue Verfahren kam insbesondere den Kommunisten, der Evangelischen Volkspartei und der Bürgerpartei zugute, während Freisinnige und Sozialisten aus den Zusatzstimmen keinen erheblichen Gewinn zogen.

Partei	Gesamtstimmenzahl	Davon Zusatzstimmen absolut	in %
Bürgerpartei	423 389	102 804	24,3
Evangelische Volkspartei ..	43 102	17 334	40,2
Freis.-demokrat. Partei ...	514 178	5 103	1,0
Sozialdemokrat. Partei	932 696	5 625	0,6
Kommunistische Partei ...	7 976	7 142	89,5
Zusammen	1 921 341	138 008	7,2

Der große Anteil der Zusatzstimmen an der Gesamtstimmenzahl bei den drei genannten Parteien rührt vor allem davon her, daß die Kommunistische Partei von 80 Linien des Wahlzettels 76 leer ließ, die Evangelische Volkspartei 35 und die Bürgerpartei 20.

Der auf Grund der vorstehend geschilderten Wahlergebnisse neu-gewählte Stadtrat zählt 39 Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, 21 der Freisinnig-demokratischen Partei, 18 der Bürgerpartei und 2 der Evangelischen Volkspartei. Vor der Wahl entsandten die nämlichen Parteien 41, 21, 16 und 2 Vertreter ins städtische Parla-ment. Die Sozialdemokraten haben durch den Verlust zweier Man-date die Mehrheit im Stadtrat eingebüßt. Verfolgt man die Mehr-heitskämpfe zwischen Sozialisten und Bürgerlichen in den letzten zwanzig Jahren, so ergibt sich über die Verteilung der Sitze folgen-des Bild:

Periode	Stadträte		Periode	Stadträte	
	Sozia- listische	Bürger- liche		Sozia- listische	Bürger- liche
1911—1913	36	44	1923—1925	38	42
1913—1915	36	44	1925—1927	38	42
1915—1917	38	42	1927—1929	40	40
1917—1920	42	38	1929—1931	41	39
1920—1921	42	38	1931—1935	39	41
1921—1923	40	40			

Das Stärkeverhältnis zwischen Sozialisten und Bürgerlichen ist somit in der kommenden Periode gerade umgekehrt als in der ver-gangenen.

b) Die Mitglieder des Stadtrates.

Die parteipolitische Zusammensetzung des Stadtrates bleibt von einer Wahl bis zur nächsten unverändert, da für ein ausscheidendes Mitglied stets ein Ersatzmann derselben Partei nachrückt. Will man jedoch außer der parteipolitischen Zugehörigkeit noch weitere statistische Angaben über die Gewählten ermitteln, so kann nur eine Stichtagserhebung in Frage kommen. Als Stichtag wurde diesmal der Wahltag angesehen, was bei einer Gesamterneuerung ohne Schwierigkeiten angeht.

Was zunächst die berufliche Gliederung der neugewählten Stadträte betrifft, so ergibt sich folgendes Zahlenbild:

A. Unselbständig Erwerbende	58
1. Beamte und Angestellte in Privatbetrieben	7
2. Arbeiter in Privatbetrieben	3
3. Verbands- und Parteisekretäre	14
4. Öffentliche Funktionäre: Beamte und Angestellte ..	23
5. „ „ „ Arbeiter	3
6. „ „ „ Lehrer	8
B. Selbständig Erwerbende	21
1. Freie Berufsarten	11
2. Gewerbetreibende	10
C. Rentner und Pensionierte	1
Zusammen	80

Hervorhebung verdienen die Gruppen „öffentliche Beamte und Angestellte“ und „Verbands- und Parteisekretäre usw.“.

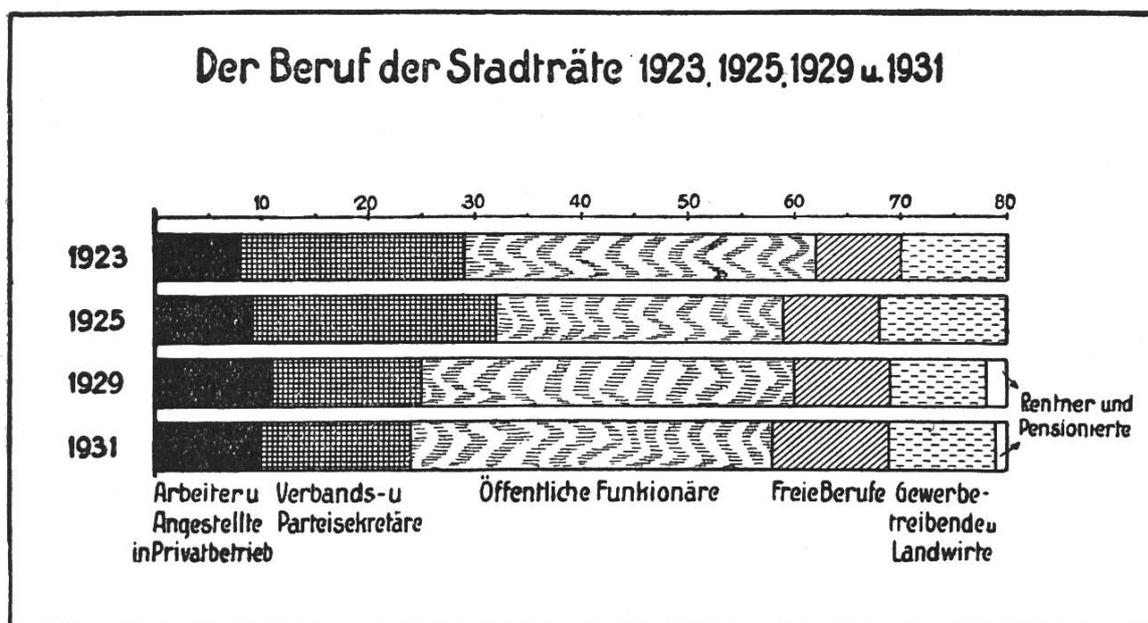
Parteistellung und soziale Schichtung stehen in engem Zusammenhang:

Berufsgruppe	Stadträte überhaupt	Sozial- demokraten	Evang. Volkspartei	Frei- sinnige	Bürger- liche
Selbständig Erwerbende .	21	3	—	7	11
Unselbst. Erwerbende:					
a) in priv. Betrieben ...	24	16	2	4	2
b) öffentl. Funktionäre ..	34	20	—	9	5
Rentner u. Pensionierte ..	1	—	—	1	—
Zusammen	80	39	2	21	18

Von 39 sozialdemokratischen Stadträten sind nur 3 selbständig Erwerbende, von den 18 Vertretern der Bürgerpartei dagegen nicht weniger als 11.

Für die Amtsperioden 1923—25, 1925—27 und 1929—31 liegen ebenfalls Angaben über die Berufsgliederung der Stadträte vor.

Berufsgruppe	Amtsperiode			
	1923/25	1925/27	1929/31	1931/35
A. Unselbständig Erwerbende ..	62	59	60	58
1. Arb. u. Angest. in Privath.	8	9	11	10
2. Verbands- u. Parteisekret..	21	23	14	14
3. Öffentliche Funktionäre ..	33	27	35	34
B. Selbständig Erwerbende	18	21	18	21
1. Freie Berufe	8	9	9	11
2. Gewerbetreib. u. Landwirte	10	12	9	10
C. Rentner und Pensionierte ..	—	—	2	1
Zusammen	80	80	80	80



Bemerkenswert ist gegenüber 1923 die um ein Drittel kleinere Zahl von Verbands- und Parteisekretären.

Was nun die Alterszusammensetzung des Stadtrates betrifft, so gibt hierüber nachstehende Zahlenübersicht Aufschluß:

Angenäherte Altersjahre	Stadträte	
	absolut	in %
20—29	1	1,2
30—39	21	26,3
40—49	33	41,2
50—59	18	22,5
60—69	7	8,8
70 und mehr	—	—
Zusammen	80	100,0

Mehr als $\frac{2}{5}$ aller Stadträte stehen im Alter von 40—49 Jahren. Etwas mehr als $\frac{1}{4}$ fallen in die Altersklasse 30—39 und 22,5 % in jene von 50—59. Über 60 Jahre zählen 7 Stadträte. Der Jüngste im städtischen Parlament war im Zeitpunkt der Wahl 23, der Älteste 66 Jahr alt. Ersterer gehört der sozialdemokratischen, letzterer der freisinnig-demokratischen Partei an.

Die einzelnen Parteien weisen hinsichtlich des Alters ihrer Vertreter im Stadtrat beträchtliche Unterschiede auf:

Alter	Stadträte überhaupt	Sozial- demokraten	Evang. Volkspartei	Frei- sinnige	Bürger- liche
Unter 50 Jahre	55	32	2	12	9
50 und mehr Jahre .	25	7	—	9	9
Zusammen	80	39	2	21	18

Bei den Sozialdemokraten sind die Alter unter 50 Jahren weit stärker vertreten als in den bürgerlichen Parteien.

Nach der Dauer der Zugehörigkeit zum Stadtrat gliedern sich die Gewählten — unter Ausschluß der 14, die dem Rate erstmals angehören — wie folgt:

Zugehörigkeit in Jahren	Stadträte
1—4	24
5—8	14
9—12	15
13—16	4
17—20	7
21 und mehr	2
Zusammen	66

Die Anhänger verschiedener politischer Parteien gehören dem Stadtrat — durchschnittlich betrachtet — etwa gleich lange an.

Zugehörigkeitsdauer	Sozial- demokraten	Evang. Volkspartei	Frei- sinnige	Bürger- liche
Neu eingetreten	7	1	3	3
1—12 Jahre	26	1	14	12
13 und mehr Jahre	6	—	4	3
Zusammen	39	2	21	18

Der amtsälteste Stadtrat — er ist Sozialdemokrat — kann auf eine 22jährige Zugehörigkeit zum Stadtrat zurückblicken.

Zum Abschluß der Stadtratsstatistik sei noch erwähnt, wie viele Kandidaten die einzelnen Parteien in den Wahlkampf schickten, und wie viele von diesen in den Stadtrat gelangten.

Partei	Kandidaten		Gewählte
	insgesamt	davon kumuliert	
Bürgerpartei	57	3	18
Evangelische Volkspartei	18	18	2
Freisinnig-demokrat. Partei ..	40	40	21
Sozialistische Partei	64	16	39
Kommunistische Partei	4	—	—
Zusammen	183	77	80

Für je 2 Stadtratssitze standen 5 Bewerber bereit.

3. DIE GEMEINDERATSWAHLEN.

Gleichzeitig mit der Gesamterneuerung des Stadtrates fand die Gesamterneuerung des Gemeinderates statt, für die gleiche Amtsdauer vom 1. Januar 1932 bis 31. Dezember 1935. Wie vor vier Jahren stellten die bürgerlichen Parteien einen gemeinsamen Wahlvorschlag mit den bisherigen 4 bürgerlichen Gemeinderäten auf, während die Sozialdemokraten außer ihren 3 bisherigen Vertretern einen neuen Kandidaten vorschlugen. Auf beiden Listen waren 3 Kandidaten zweimal und einer einmal aufgeführt. Der bürgerliche Wahlvorschlag erreichte 85 450, der sozialdemokratische Vorschlag 80 114 Stimmen; die bürgerlichen Parteien erhielten 4, die Sozialdemokraten 3 Sitze. Gewählt wurden die 7 bisherigen Gemeinderäte mit folgender Stimmenzahl:

	Stimmen
Dr. E. Bärtschi, freis.-demokratische Partei	23 570
Robert Grimm, sozialdemokratische Partei	22 626
Hermann Lindt, Bürgerpartei	22 489
Oskar Schneeberger, sozialdemokratische Partei	22 435
Fritz Raaflaub, freisinnig-demokratische Partei	22 383
Hans Blaser, sozialdemokratische Partei	21 813
Otto Steiger, Bürgerpartei (unkumuliert)	16 710

Dr. Ed. Freimüller, der nicht gewählte Kandidat der Sozialdemokraten, vereinigte 11 208 Stimmen auf sich.

Abschließend sei noch ein Vergleich der Stimmenzahlen der beiden letzten Gemeinderatswahlen angebracht:

	Stimmenzahl		
	1927	1931	Differenz
Bürgerlicher Wahlvorschlag .	79 638	85 450	+ 5 812
Sozialdemokr. Vorschlag	75 408	80 114	+ 4 706
Zusammen	155 046	165 564	+10 518

Gegenüber 1927 haben beide Wahlvorschläge einen nicht unbedeutenden Stimmenzuwachs erhalten, was jedoch am Wahlergebnis nichts änderte.

Als Stadtpräsident wurde von den bürgerlichen Parteien der bisherige, Herr H. Lindt, vorgeschlagen. Er wurde in unbestrittener Wahl mit 13 078 von 13 976 gültig abgegebenen Stimmen wiedergewählt.